

BERLINER STADTBLATT

CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF · HERBST 2020

MOBILITÄTSWENDE KLUG GESTALTEN!



Foto: SPD Berlin · Joachim Gern

Liebe Leserinnen und Leser!

Vier Jahre bekommt Verkehrssenatorin Günther kaum etwas Konkretes auf die Reihe, aber am 10. Oktober reichte es samstags stundenweise für die Sperrung des Kudamms/Tautenzien am Breitscheidplatz. Als bürgermeisterlicher roter Tupfer in einer Diskussionsrunde mit Pfarrer Germer und dem niederländischen Stadtplaner Aarts habe ich öffentlich Widerspruch angemeldet, ausgerechnet den Kurfürstendamm und die Tautenzienstraße zur Fußgängerzone machen zu wollen.

Viel überzeugender ist es, die Vielfalt unserer City-West kreativ auf der anderen Seite des Breitscheidplatzes weiterzuentwickeln! Ich bin sehr dafür, zwischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und Bahnhof Zoo das räumliche Nebeneinander von Breitscheidplatz und Hardenbergplatz endlich aufeinander zu beziehen und miteinander zu verbinden. Mobilitätswende in diesem Sinne klug gestalten heißt: Bereits im Tiergarten muss der motorisierte Verkehr nordwestlich in Richtung Großer Stern/Straße des 17. Juni gelenkt werden. Dies ist Voraussetzung für ein neu zu gestaltendes Platzareal mit Aufenthaltsqualität zwischen Bahnhof Zoo, Zoopalast, BIKINI Berlin, Europacenter, Upper West und Waldorf Astoria.

Ich freue mich auf einen spannenden Dialog hierzu mit den Bürgerinnen und Bürgern!

Reinhard Naumann
Bezirksbürgermeister



Foto: Stefan Schäfer

Franziska Giffey will in und für Berlin Politik machen und hat dafür konkrete Vorstellungen.

Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf

Für Franziska Giffey und Raed Saleh ist das Ziel der Berliner SPD klar – stärkste Kraft bleiben

Berlin ist groß, wild, liebenswert ruppig, nicht immer einfach und bedeutet für jeden etwas anderes. Für den Regierenden Bürgermeister Michael Müller ist Berlin vor allem eines: eine Stadt, die immer in Bewegung ist und sich doch treu bleibt. Beständigkeit im Wandel – dafür steht auch die Berliner SPD.

Veränderungen kann man nicht aufhalten, aber man muss sie gestalten, formen, zum Guten weiterentwickeln. Arbeit, von der man leben kann, bezahlbare Mieten, gute Bildungschancen, ein friedliches Zusammenleben. Dafür hat Michael Müller immer gekämpft und dafür wird er sich auch weiter einsetzen. Mit dem von ihm entwickelten Solidarischen Grundeinkommen beweist die SPD gerade in Berlin, dass Arbeit statt Hartz IV nicht nur den Menschen eine Per-

spektive bietet, sondern auch der Gesellschaft hilft. Erkennbar ist auch, wie wichtig Wissenschaft und Forschung für Berlin sind. Neue Arbeitsplätze, mehr Investitionen und die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft sind damit verbunden. Und für Michael Müller steht fest: Bezahlbarer Wohnraum für alle bleibt die soziale Frage unserer Zeit. Die Berlinerinnen und Berliner werden in ihm immer einen Menschen finden, der die Haltung verkörpert: „Unser Berlin bleibt eine lebenswerte Stadt für alle, bezahlbar, offen und solidarisch.“

Geht es nach Franziska Giffey und Raed Saleh soll genau diese Idee für Berlin auch zukünftig bestehen. Das Berliner Stadtblatt hat mit beiden über die Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr gesprochen. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte haben sie bereits ausgemacht:

Wirtschaft und Arbeit, Verwaltung, Sicherheit und Ordnung, Bauen in Verbindung mit Mobilität sowie Bildung und Wissenschaft. Für letzteres stellt die derzeitige Bundesfamilienministerin fest: Sie ist stolz auf Berlin, denn in der Hauptstadt „zählt nicht, wo du herkommst, sondern wer du sein willst“. Auch deshalb sei Bildung in Berlin kostenlos – von der Kita bis zur Hochschule. Dem pflichtet Raed Saleh bei: Man sei der „Vision einer bezahlbaren Stadt ein erhebliches Stück nähergekommen“. Als Beispiele führt der SPD-Fraktionsvorsitzende neben der Bildung den Mietendeckel und den öffentlichen Vergabemindestlohn von 12,50 Euro an.

Das Ziel der Berliner SPD im anstehenden Wahlkampf ist klar: stärkste Kraft bleiben. Dafür wollen Franziska Giffey und Raed Saleh einen Schritt nach dem anderen

gehen: In einer stetig wachsenden Stadt brauche man mehr Wohnungen in Verbindung mit Mobilität. „Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – inklusive der U-Bahn – ist für uns der Kern einer klimafreundlichen Verkehrspolitik“, sagt die frühere Neuköllner Bezirksbürgermeisterin. Auch das Thema innere Sicherheit ist ihr wichtig: „Es gibt klare Regeln, die für alle gelten und die wir konsequent durchsetzen müssen.“ Mit Blick auf die Zeit nach der Corona-Pandemie sagt sie: „Die erfolgreiche Berliner Wirtschaft soll wieder zu ihrer alten Stärke zurückfinden.“

Der Wahlkampf beginnt. Raed Saleh ist überzeugt: „Wenn die Berliner SPD erst einmal in Fahrt ist, dann kann uns niemand mehr aufhalten.“

Sebastian Thomas

Das Interview finden Sie auf Seite 3

Doppelspitze für die SPD in CW

Nach fast 25 Jahren: Ende der Ära von Christian Gaebler



Neue Doppelspitze der SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf: Franziska Becker und Kian Niroomand

Foto: Privat

Am 24. September 2020 versammelten sich die Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz in der Classic Remise in Moabit.

Zu Beginn wurde der scheidende Kreisvorsitzende **Christian Gaebler** vom Landesvorsitzenden der Berliner SPD **Michael Müller** verabschiedet. Er würdigte ihn als langjährigen politischen Weggefährten, der stets loyal zur SPD und ihrer Programmatik steht.

Der geschäftsführende Kreisvorstand wird künftig von einer Doppelspitze geleitet: **Franziska Becker**, MdA, und **Kian Niroomand** wollen sich für eine solidarische, geschlossene Partei einsetzen und das inhaltliche Profil der Kreis-SPD schärfen.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden **Heike Hoffmann**, **Franziska Prütz** und **Alexander Sempff** gewählt. Heike Hoffmann ist Mitglied der Jusos und will sich zu bildungs- und jugendpolitischen Themen einbringen. Franziska Prütz sieht ihr Engagement vor allem bei den Themen Gesundheit und Bildung. Alexander Sempff ist Vorsitzender der SPD-Fraktion der Bezirksordnetenversammlung und fokussiert sich neben Bezirksthemen auf die Öffentlichkeitsarbeit des Kreises.

Komplettiert wird der geschäftsführende Vorstand durch **Robert Drewnicki** als Kassierer und **Felicita Tesch** als Schriftführerin. **KN**

Themen für 2020-2022

Schwerpunkte der parteipolitischen Arbeit

Im Zentrum der politischen Arbeit der SPD im Bezirk werden die Wahlen 2021 stehen. Wir wollen in drei verschiedenen Bereichen ansetzen:

Erstens: Wir brauchen eine **gut organisierte Zusammenarbeit**. Dazu gehört eine enge Abstimmung zwischen den Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und den Mandatsträger*innen in unserem Kreis. Hinzu wollen wir eine aktive Personalförderung betreiben. Dafür werden wir ein Mentoring-Programm für Frauen ins Leben rufen.

Zweitens: Wir wollen ein **verstärktes, solidarisches Miteinander** in den Mittelpunkt stellen. Denn der Einsatz für eine solidari-

sche Gesellschaft wird uns nur gelingen, wenn wir auch innerparteiliche Solidarität aktiv leben.

Drittens: Wir wollen das **inhaltliche Profil** unseres Kreises schärfen. Mit dem Kreisarbeitsprogramm haben wir mit den Themen Mieten/Wohnen, Bildung/Schule/Kita und Mobilität/Verkehr bereits Schwerpunkte und Forderungen definiert. Dazu steht die Erarbeitung des bezirklichen Wahlprogramms an. Im Zuge dessen sind uns auch der Einsatz für Gewerbetreibende/Start-ups wichtig sowie der Kampf gegen Rechts und der Einsatz für Geflüchtete.

Gemeinsam wollen wir diese Aufgaben angehen. **FB/KN**

City-West erfolgreich durch die Coronazeit bringen!

Gewerbe und Kulturschaffende brauchen Unterstützung durch die Politik

Auch bei uns in der City-West hat die Corona-Pandemie das Leben maßgeblich geprägt. Auch wenn ein Impfstoff langsam in Sicht ist: Es muss weiterhin alles dafür getan werden, Neuinfektionen so weit wie möglich zu reduzieren.

Nach zwei Monaten des völligen Lockdowns im Frühjahr, insbesondere im Kulturbereich und in der Gastronomie, kehrte das öffentliche Leben im Sommer schrittweise zurück. Das Tragen von Mund-Nasen-Schutz in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Geschäften und anderen Einrichtungen wurde dabei von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung als notwendig akzeptiert und eingehalten. So konnten auch Theater, Konzertsäle, Museen und Kinos ihren Betrieb wieder aufnehmen, wenn auch mit deutlich weniger Publikum. Ein wirtschaftlich tragfähiger Betrieb ist unter diesen Bedingungen aber oft kaum möglich, wie Holger Klotzbach, der Betreiber der „Bar jeder Vernunft“, konstatierte: Mit jedem Abend, an dem er öffnet, entstehen höhere



Stefan Erfurt (l.), Direktor des Ausstellungshauses für Fotografie C/O Berlin, im Gespräch mit Frank Jahnke, MdA

Foto: Antonia Schneider

Verluste, als bliebe das Haus geschlossen.

Das Land Berlin unterstützte bereits im März Soloselbstständige und Kleinstunternehmen aus allen Branchen mit Krediten und Zuschüssen. Speziell für den Kulturbereich wurde anschließend das Soforthilfeprogramm IV aufgelegt und auch noch verlängert, um Liquiditätsengpässe von Unternehmen aus dem Kultur- und Medienbereich durch Zuschüsse zu überbrücken. Auch im neuerlichen Teil-Lockdown sprang der Staat unterstützend ein. Doch allen Beteiligten ist klar: Eine dauerhafte Existenzsicherung der Unternehmen ist so nicht möglich.

Als wirtschafts- und kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus setze ich mich für eine weitere, massive Unterstützung der Gewerbetreibenden und Kulturschaffenden ein und leiste auch konkrete Unterstützung im Einzelfall – sei es in Fragen der Soforthilfe oder des Kurzarbeitergeldes. Es geht aber nicht immer

nur ums Geld, sondern oft auch um Rahmenbedingungen, die es Unternehmen erlauben, wieder Umsätze zu erzielen.

In der Gastronomie beispielsweise fehlen noch immer die zahlreichen internationalen Touristen, die sonst die City-West bevölkern. Auch sind in den Restaurants – wenn sie denn überhaupt öffnen dürfen – größere Abstände zwischen den Tischen einzuhalten, so dass weniger Plätze als unter normalen Bedingungen besetzt werden können. Daher ist es wichtig, eine großzügigere Nutzung von Außenbereichen zuzulassen und es auch in der kälteren Jahreszeit durch Heizvorrichtungen zu ermöglichen, die reduzierte Platzzahl im Innenbereich wenigstens teilweise auszugleichen.

Frank Jahnke · MdA

Die Innenstadt neu erfinden

Einkaufsstraßen müssen attraktiver werden

Die Corona-Krise hat die Probleme der Einkaufsstraßen verschärft: Erst durch Schließungen der Geschäfte aufgrund der Corona-Eindämmungsmaßnahmen – und seitdem mit vermindertem Kaufverhalten. Filialen großer und kleiner Händler mussten bereits schließen.

Doch die Probleme liegen tiefer: Der Online-Handel mit günstigen Preisen, großer Auswahl und Bestellmöglichkeiten rund um die Uhr machen den Geschäften stark zu schaffen. Einkaufsstraßen werden von vielen als eintönig und wenig ansprechend bewertet. Sie müssen vielfältiger werden und sich für

mehr Menschen öffnen: Eine Verbindung von Shopping mit Kultur, abwechslungsreicher Gastronomie und anderen Erledigungen kann für die notwendigen Wohlfühl- und Einkaufserlebnisse sorgen. Auch neue bezirkliche Institutionen könnte man dort ansiedeln.

Einkaufsstraßen müssen zum Verweilen einladen. Dazu gehört eine umfangreiche Begrünung, viele Sitzgelegenheiten, gute Beleuchtung und kostenfreies WLAN. Ergänzend wollen wir, wo nötig, eine Reduzierung des fließenden Verkehrs erreichen. So könnte die Sicherheit erhöht, die Luftqualität verbessert, Lärm reduziert und die Aufenthalts-

qualität insgesamt gesteigert werden. Auch über ein Konzept für Ladezonen und Parkraummanagement muss in diesem Zusammenhang nachgedacht werden.

Da sich die Einkaufsstraßen untereinander stark unterscheiden, muss man sie einzeln betrachten. Daher setzt sich die SPD-Fraktion in der BVV dafür ein, Standortanalysen anzufertigen und sie mit Vermietern, Gewerbetreibenden und Kund*innen zu diskutieren. Gemeinsam sollen Konzepte erarbeitet werden, um Einkaufsstraßen weiterzuentwickeln und damit langfristig zu sichern. Bei der Konzeption muss auch Augenmerk auf die zum

Teil horrenden Gewerbemieten geworfen werden. Inzwischen können sich nicht nur kleinere Läden die hohen Mieten nicht mehr leisten. Da sich die Immobilien fast ausschließlich nicht in öffentlicher Hand befinden, besteht kaum Einfluss auf Mieten und Zusammensetzung der Einkaufsstraßen. Deswegen müssen Vermieter mehr in Verantwortung genommen werden, z. B. durch die Vereinbarung von umsatzbezogenen Mieten.

Alexander Sempf

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf

Viel Neues im Charlottenburger Norden

Mit dem Abgeordneten Christian Hochgrebe (SPD) haben wir über seinen Wahlkreis Charlottenburg-Nord gesprochen

Berliner Stadtblatt: Was macht den Charlottenburger Norden so einzigartig?

Christian Hochgrebe: Ganz klar: seine bunte Vielfalt. Unsere Kieze leben von den engagierten Nachbarinnen und Nachbarn. Gegenseitige Unterstützung und Mithilfe wird hier groß geschrieben: Ob bei der DorfwerkStadt, bei russischen Nachmittagen im Stadtteilzentrum oder beim Mieterbeirat der Gewobag in der Paul-Hertz-Siedlung.

Was ist dein Lieblingssort?

Das ist gar nicht so leicht zu beantworten. Ich gehe sehr gerne am Spreeufer spazieren und kehre im Caprivi auf ein Feierabendbier ein. Ich liebe aber auch das Globe Theater mit seinen tollen Aufführungen. Die Jungfernheide ist wie eine grüne Oase mitten in der Stadt. Im Sommer war ich mit meinen Kindern im Sommerbad oder im „Streichelzoo“ der Erlebniswelt Tier und Natur. Ich liebe diese Vielfalt.

Wofür setzt du dich im Charlottenburger Norden ein?

Als Abgeordneter im Charlottenburger Norden setze ich mich natürlich zuerst für die Nachbarinnen und Nachbarn im Kiez ein. Ganz nach meinem Motto: Für Dich. Für uns. Vor Ort. Ich will unseren Kiez noch lebenswerter machen. Dafür haben wir gemeinsam viel vor.

Ganz konkret setze ich mich dafür ein, dass die Straßen in den Kiezen verkehrsberuhigter werden und wir ein Gleichgewicht bei der Nutzung durch Kraftfahrzeuge, Fahrrädern und Fußgängern finden. Gleichzeitig möchte ich den ÖPNV im Charlottenburger Norden stärken. Ich setze mich für mehr kulturelle Freiräume ein, in dem ich mich als Haushaltspolitiker um die Finanzierung der Instandsetzung von Jungfernheidebühne und Wasserturm in der Jungfernheide kümmere.

Auch bezahlbarer Wohnraum ist mir eine Herzensangelegenheit, für die ich mich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – wie zum Beispiel Milieuschutz, Mietpreisbremse und Mietendeckel – einsetze.



Christian Hochgrebe in der Jungfernheidebühne

Foto: Büro Christian Hochgrebe

Hast du so etwas wie Freizeit?

Ich arbeite sehr viel und sehr gerne. Mit meiner Arbeit im Parlament kann ich unsere Stadt ganz konkret mitgestalten und sie noch fantastischer machen. Nebenher arbeite ich noch als Mietanwalt in meiner eigenen Kanzlei. Meine beiden kleinen Kinder halten mich auch immer gut bei Laune.

Kennst du die Erlebniswelt Tier und Natur in der Jungfernheide?

Hier gehe ich gerne mit meinen Kindern zum Tiere schauen und streicheln hin. Ansonsten liebe ich es, an der Spree zu sitzen und mich mit Freunden zu treffen.

Christian Hochgrebe, 47 Jahre, zweifacher Vater, ist seit 2018 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Er ist zuständig für die Ausschüsse Haushalt, Bezirke, Haushaltskontrolle und den Untersuchungsausschuss Hohenschönhausen. Bei den Wahlen im Herbst 2021 will er erneut für die SPD in Charlottenburg-Nord antreten.

„In Berlin zählt, wer du sein willst“

Franziska Giffeys und Raed Salehs Vision von Berlin ist eine tolerante, solidarische und gerechte Stadt – für alle

Berliner Stadtblatt: Liebe Franziska, lieber Raed, seit fast 20 Jahren ist die SPD in Berlin die politisch stärkste Kraft und stellt den Regierenden Bürgermeister. Auf welche Projekte können wir zurecht stolz sein?

Franziska Giffey: Es gibt viele Gründe, auf diese Stadt stolz zu sein. Einer ist: In Berlin zählt nicht, wo du herkommst, sondern wer du sein willst. Der Weg dahin ist Bildung – und die ist kostenlos von der Kita bis zur Hochschule. Ein zweiter Grund ist die Berliner Wirtschaft. Produkte made in Berlin werden in die ganze Welt exportiert: vom Motorrad über Marzipan bis zu Spielplatzgeräten, dazu eine boomende Start-up-Szene. Dieser Wirtschafts-Mix aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung ist das Fundament für gute Arbeitsplätze in der Stadt und damit für unseren Wohlstand heute und in Zukunft. All das passiert nicht einfach so. Es ist das Ergebnis einer sozialdemokratisch geprägten Politik, die die ganze Stadt im Blick hat.

Raed Saleh: In den vergangenen Jahren haben wir sehr viel erreicht. Wir sind unserer Vision der bezahlbaren Stadt ein erhebliches Stück nähergekommen. Thema gebührenfreie Bildung, Franziska hat es schon angedeutet, da haben wir richtig geklotzt. Besonders stolz bin ich auf das kostenlose warme Mittagessen für alle. Es gibt jetzt Kinder, die am Montag eine doppelte Portion nehmen, weil sie noch vom Wochenende Hunger haben. Das zeigt, wie wichtig unsere Politik ist. Dazu kommt ein öffentlicher Vergabemindestlohn in Berlin von 12,50 Euro, der Mietendeckel, der bereits Wirkung zeigt und vieles mehr. Wir machen Berlin gerechter. Und das ist ur-sozialdemokratische Politik, auf die ich stolz bin.

„
Wenn die
Berliner SPD
erst einmal
in Fahrt ist,
dann kann uns
niemand mehr
aufhalten.“

Raed Saleh

Stichwort stärkste Kraft: Raed, dieses Ziel hast du für die Wahl im kommenden Jahr ausgemacht. Was ist euer Fahrplan für den kommenden Wahlkampf, um dieses Ziel zu erreichen?

Raed Saleh: Ich möchte, dass die SPD die kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewinnt. Und das ist auch möglich. Wenn wir alle zusammen in den kommenden Monaten hart arbeiten, wenn wir an uns glauben, unsere gute Politik vielleicht auch noch besser erklären, dann sehe ich da sehr gute Chancen. Die SPD ist der starke Motor des aktuellen Senats. Und wir haben noch viel für die Menschen in unserer Stadt vor. Gerade in der Corona-Krise werden wir mehr gebraucht



Für Raed Saleh (l.) und Franziska Giffey ist die Politik der Berliner SPD ein Garant dafür, dass die Hauptstadt für alle Einwohnerinnen und Einwohner bezahlbar und lebenswert bleibt.

Foto: Stefan Schäfer

denn je, damit die gesundheitliche Krise nicht zu einer wirtschaftlichen und dann sozialen wird. Wir müssen dafür sorgen, dass jetzt niemand in Armut abrutscht. Außerdem sind wir eine starke Partei und mit ungefähr 20.000 Mitgliedern der größte Landesverband in Berlin. Niemand sollte uns unterschätzen. Wenn die Berliner SPD erst einmal in Fahrt ist, dann kann uns niemand mehr aufhalten. Wir werden gewinnen, davon bin ich überzeugt.

Franziska, mal ein kleines Gedankenpiel: Wenn du Regierende Bürgermeisterin von Berlin wirst, was würdest du an erster Stelle umsetzen?

Franziska Giffey: Wir gehen einen Schritt nach dem anderen. Raed und ich haben unsere Schwerpunkte für die Stadt klar benannt. Wir brauchen in der wachsenden Stadt mehr Wohnungen in Verbindung mit Mobilität. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs – inklusive der U-Bahn – ist für uns der Kern einer klimafreundlichen Verkehrspolitik. Wir werden weiter in Bildung und Wissenschaft investieren, die Digitalisierung und den Schulbau vorantreiben. Die starke und erfolgreiche Berliner Wirtschaft soll nach der Krise zu ihrer alten Stärke zurückfinden. Wir wollen die Berliner Verwaltung weiter modernisieren, für eine funktionierende Stadt mit motivierten Beschäftigten und digitaleren Verfahren. Und, das ist mir auch wichtig: Wir stehen für Sicherheit und Ordnung. Es gibt klare Regeln, die für alle gelten und die wir konsequent durchsetzen müssen. Das geht bei der illegalen Müllkippe los und endet bei jeder Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus.

„
Es gibt
klare Regeln,
die für alle
gelten und die
wir konsequent
durchsetzen
müssen.“

Franziska Giffey

Raed, in Berlin sind wir Volkspartei: Warum passt diese Feststellung deiner Meinung nach so gut auf die Berliner SPD?

Raed Saleh: Ja, du hast völlig recht. In Berlin sind und bleiben wir Volkspartei, auch wenn wir an den Prozenten in den kommenden Monaten noch arbeiten müssen. Wir sind die Partei, die die verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft versöhnt. Für uns ist die Sichtweise der Studentin genauso wichtig wie die Sichtweise des Polizisten, die Sichtweise der türkischstämmigen Unternehmerin genauso wichtig wie die des Arbeitsuchenden, der Verkäuferin an der Supermarktkasse oder der Kinderärztin. Wir nehmen die Bevölkerung in ihrer ganzen Bandbreite mit und konzentrieren unsere Politik nicht auf einzelne Berufsgruppen. Wir haben die gesamte Stadt im Blick. Und das wissen die Menschen auch. Unsere Vision ist die gerechte, solidarische und tolerante Stadt für alle. Wenn

wir das Gefühl vermitteln, dass wir Politik für ganz Berlin machen, also für Ältere und Jüngere, für Frauen und Männer, für Ost und West, für Alteingesessene und Zugewanderte, für die Menschen innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings, dann vertrauen die Menschen der Volkspartei SPD.

In der BERLINER STIMME sagten Expertinnen für Geschlechtergerechtigkeit, dass gerade die Situation Alleinerziehender ein Lackmustest dafür sei, ob politische Entscheider Familie und Beruf gut zusammen denken würden. Was hat die Berliner SPD bereits für Familien und Alleinerziehende mit Kindern und Jugendlichen getan? Was müsste eurer Meinung nach unternommen werden?

Franziska Giffey: Wir wollen, dass überall dort, wo Kinder sind, Familien ein gutes Auskommen haben, das sie selbst erwirtschaften können. Berlin war das erste Bundesland, das die Kita-Gebühren abgeschafft hat. Ebenso das Büchergeld in der Grundschule. Es gibt ein kostenloses Schülerticket. Bei der Kinderbetreuung ist Berlin viel weiter als andere Bundesländer, wo die Kita teilweise über Mittag oder am frühen Nachmittag schließt. Bis 2026 wollen wir weitere 26.000 Betreuungsplätze schaffen. Dafür werden wir auch beim Personal aufstocken und Mittel des Bundes nutzen. Gerade Familien mit kleinen Einkommen und Alleinerziehende brauchen zum einen wirksame Familienleistungen, zum anderen aber auch verlässliche Strukturen. Für beides steht die SPD. Das Gute-Kita-Gesetz und das Starke-Familien-Gesetz auf Bundesebene kommen Berlin dabei besonders zugute.

Raed, stell dir einmal vor, du sitzt in einem Zugabteil mit zwei anderen Personen zusammen. Beide waren vorher noch nie in Berlin und fragen sich, ob es in der Hauptstadt sicher ist. Was würdest du den beiden antworten?

Raed Saleh: Ich würde den beiden sagen, dass sie keine Angst um ihre Sicherheit in Berlin haben müssen. Berlin ist im weltweiten Vergleich eine der sichersten Metropolen. Trotzdem gibt es viele Berlinerinnen und Berliner, die das Gefühl haben, dass die Polizei nicht ausreichend durchgreift. Hier spielt auch das subjektive Sicherheitsgefühl eine große Rolle. Aber mir ist egal, ob ein ungutes Gefühl bei den Menschen subjektiv oder objektiv ist. Wenn sich Menschen in unserer Stadt nicht sicher fühlen, dann müssen wir das ernst nehmen. Deswegen müssen wir mehr Sicherheitspersonal auf die U-Bahnhöfe bringen oder mehr Kontaktbereichsbeamte in die Kieze. Mit Andreas Geisel haben wir einen guten Innensenator. Er steht für eine Politik, die innere Sicherheit und soziale Sicherheit gleichermaßen anstrebt. Für mich ist dazu noch wichtig, dass wir Intervention immer auch mit Prävention zusammendenken.

„
Berlin ist
im weltweiten
Vergleich eine
der sichersten
Metropolen.“

Raed Saleh

Berlin, London und Paris haben eine wichtige Gemeinsamkeit: Alle drei Metropolen haben ein weitläufiges U-Bahnnetz. Franziska, warum ist dessen Ausbau so wichtig?

Franziska Giffey: Mobilität ist ein entscheidendes Thema in der wachsenden, modernen Stadt Berlin. BVG und S-Bahn nutzen schon jetzt ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien. Den Weg wollen wir weitergehen. Die U-Bahn ist das sicherste, schnellste und klimafreundlichste Verkehrsmittel. Mit unserem U-Bahn-Plan 2030 haben wir fünf Strecken konkret benannt, die wir ausbauen wollen: Das betrifft die großen Linien U2, U8, die U7 an beiden Enden in Spandau und am Flughafen und die U3. Die Außenbezirke besser anzubinden spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die Stadt endet ja nicht hinter dem Ring. Der U-Bahn-Ausbau ist zukunftsweisend für Berlin – und wir wollen dafür auch Bundesmittel nutzen.

Fragen: Sebastian Thomas

Das erweiterte Interview online:
<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/doppelinterview-giffey-saleh/>



Rückgrat der Mobilitätswende in der Hauptstadt

Die Berliner SPD setzt auf den Ausbau des U-Bahn-Netzes – vor allem die Außenbezirke sollen besser angebunden werden

Keine autofreie Innenstadt, keine City-Maut - dafür massive Investitionen in das Berliner U-Bahn-Netz. So soll die Mobilitätswende laut Franziska Giffey und Raed Saleh, dem neuen Führungsduo der SPD Berlin, gelingen.

„Das Rückgrat der Berliner Verkehrswende für eine klimafreundliche Stadt ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs“, sagt die frühere Neuköllner Bezirksbürgermeisterin. Gerade die Berliner Außenbezirke müssten besser an das U-Bahnnetz angebunden werden. Diese Ansicht teilt auch Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und ergänzt: „Deutlich weniger Individualverkehr erfordert einen attraktiven und zuverlässigen ÖPNV in der gesamten Stadt.“ Er ist sich sicher: „Dann steigen die Berlinerinnen und Berliner gerne um.“ Für ihn hat die U-Bahn eine lange Erfolgsgeschichte vorzuweisen, denn „seit über 100 Jahren bringt sie die Menschen schnell, sicher und ganz ohne Emissionen durch die Hauptstadt – Elektromobilität mit Tradition und 100 Prozent Ökostrom“. Jetzt sei endlich der Ausbau von U-Bahnstrecken konkret in Berlin anzugehen, Fördergelder des Bundes und der EU würden bereitstehen.

Dabei hat die neue Berliner SPD-Doppelspitze fünf Strecken im Blick, die sie gerne erweitern möchte: die U8 zum Märkischen



Sie spielt in der zukünftigen Verkehrplanung der Berliner SPD eine wichtige Rolle: eine schnelle und zuverlässige U-Bahn

Foto: Sebastian Thomas

Viertel, die U7 vom Rathaus Spandau zur Großsiedlung Heerstraße und zum neuen Flughafen Berlin-Brandenburg sowie die U3 Richtung Mexikoplatz und die U2 nach Pankow Kirche. Franziska Giffey denkt bei diesem Verkehrsprojekt auch über Landesgrenzen hinweg. Ihre Vision für Berlin 2030 sei die Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Dafür wolle sie arbeiten – „mit einer starken Berliner SPD“.

Auch für Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, ist ein leistungsstarker und attraktiver ÖPNV der „wichtigste Hebel für weniger motorisierten Individualverkehr“. Mehr noch: Es sei der Schlüssel, um Verkehrsprobleme

zu lösen und ebenso einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dabei sei sein Credo: „Gute Dienstleistung, hohe Geschwindigkeit, zum fairen Preis, mit guter Verfügbarkeit.“ Bereits im März äußerte sich Tino Schopf in der *BERLINER STIMME* zum Berliner U-Bahnnetz: „Mir ist bewusst, dass der Ausbau kontrovers diskutiert wird. Ein modernes

System wie die Untergrundbahn kostet Geld. Doch wenn ich Menschen dazu bewegen möchte, ihr Auto stehen zu lassen und auf die Schiene zu setzen, ist es eine sinnvolle Investition in die Zukunft.“

Sebastian Thomas

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/nach-corona-oepnv/>

Der AWO mehr Gesicht geben

Ina Czyborra will als Landesvorsitzende auch jüngere Mitglieder neu gewinnen

Der Jahresempfang der Berliner Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat eine lange Tradition. Zweierlei war dieses Jahr ungewohnt: Der Empfang fand virtuell statt, und das zentrale Thema hatte nicht vordergründig mit Sozialfragen zu tun, sondern mit der Klimakrise.

Seit einem Jahr ist Ina Czyborra Vorsitzende des traditionsreichen AWO-Landesverbandes Berlin, und allmählich erkennt man eine Handschrift der Zehlendorfer SPD-Abgeordneten und stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden. Dass für sie der Schutz des Klimas eine soziale Frage ist, gehört dazu. Dass Sozialverbände wie die AWO unverzichtbar sind, um die Solidarität in der Gesellschaft zu retten und das soziale Gewissen zu sein, ist die Überzeugung der 54-Jährigen.

Die AWO ist ein bedeutender Faktor im Sozialsystem Berlins. Rund 8.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten für den Landesverband, fast ebenso viele Mitglieder unterstützen diese Arbeit und ergänzen sie auch um ehrenamtliche Tätigkeiten. Die AWO betreibt mit ihren Tochtergesellschaften Kindergärten ebenso wie Senioren-Treffs, sie berät Eltern wie Ältere in Alltagsfragen und engagiert sich in der Flüchtlingshilfe. Sie übernimmt Vormundschaften und organisiert Betreutes Wohnen.

Allerdings: Wie andere Organisationen hat die AWO einen hohen Altersdurchschnitt und schrumpfende Mitgliederzahlen. Ina Czyborra hat sich vorgenommen, der AWO nach außen mehr Gesicht zu geben



Ina Czyborra und ihr Vorbild Marie Juchacz, die vor 100 Jahren in Berlin die AWO gründete und Reichstagsabgeordnete war

Foto: Ulrich Rosenbaum

und mehr zu tun, um auch jüngere Mitglieder neu zu gewinnen. Ihre Nähe zur AWO zeigt sich auch daran, dass sie ihr Abgeordnetenbüro als Untermieterin der AWO-Geschäftsstelle Zehlendorf nahe dem S-Bahnhof Sundgauer Straße eingerichtet hat – die Miete kann die Organisation gut gebrauchen.

Was die Arbeit erschwert, sind die Berichte aus anderen AWO-Bezirken wie Frankfurt am Main und Erfurt, wo sich Ehrenamtliche hoch bezahlte Jobs mit PS-starken Dienstwagen zugeschustert haben.

Und das unter Missachtung der strengen Compliance-Regeln des AWO-Bundesverbands. „Ich habe jedenfalls keinen Dienstwagen“, sagt Ina Czyborra und zeigt auf das Fahrrad, das in ihrem Büro steht. Die Berliner Kreisverbände hat sie sich genau angeschaut, hier und da Korrekturen empfohlen, damit auch nicht der Anschein von Selbstbedienung entsteht. Fazit: Die AWO Berlin ist „sauber“.

Ulrich Rosenbaum

<https://www.awoberlin.de>

Piksen gegen das Virus

Auch in Berlin wird ein Corona-Impfstoff getestet

Mit einem experimentellen Wirkstoff werden gerade 600 Berlinerinnen und Berliner testweise geimpft, zu denen auch ich, 71-jähriger Autor des Berliner Stadtblatts, gehöre. Die Impfung könnte weltweit eingesetzt werden – falls der Test erfolgreich ist.

An den folgenden Moment erinnere ich mich nicht mehr: Ein beruhigender Spruch der Ärztin, während sie die Spritze aufzieht – Piks, Pflaster drüber, fertig. Das war Mitte September in der Charité Research Organisation (CRO), wo ich seitdem eine Testperson bin. Ich bin einer von rund 600 Probanden, die in Berlin an der Entwicklung und Testung eines Impfstoffes gegen das Corona-Virus teilnehmen. Die Tochtergesellschaft der Berliner Charité wird – wie auch wir Testpersonen – von einer belgischen Pharmafirma dafür bezahlt, dass sie Probanden einen experimentellen Impfstoff verabreicht und das Ergebnis übermittelt.

Während einer Informationsveranstaltung wurde erläutert, auf welche Weise ein Impfstoff an uns getestet wird. Gefahren seien so gut wie ausgeschlossen, sagte man uns, das hätten auch Vorstudien mit Tieren und einer kleinen Probandengruppe gezeigt. Der Test-Impfstoff ist einer unter rund 60 Impfstoffen, die zurzeit weltweit und mit Aussicht auf Erfolg getestet werden.

Einige Testpersonen sprangen ab. Ich blieb dabei, weil der gute Name der Universitätsklinik-Charité und ihrer Tochtergesellschaft für einen seriösen Test sprechen, aber auch das Paul-Ehrlich-Institut, die Zulas-

sungsbehörde für Impfstoffe und Medikamente. Das Institut genießt einen guten Ruf, weil es pingelig, methodisch, nachvollziehbar arbeitet.



Ulrich Schulte-Döinghaus ist Testperson für einen Corona-Impfstoff

Foto: Annette Schulte-Döinghaus

Mindestens ein Jahr lang werde ich jeden Monat einmal in die Charité aufsuchen, um meine sogenannten Vitalzeichen untersuchen zu lassen: Blutdruck, Puls, Sauerstoffgehalt im Blut. Jedes Mal wird mir dabei Blut abgezapft, und dreimal wird geimpft. Entweder gerät der experimentelle Impfstoff „Ad26.COV2.S“ in meinen Körper oder ein Placebo, das aus nichts weiter als einer Kochsalzlösung besteht. Damit der Zufall keine Rolle spielt und einem wirksamen Impfstoff nichts im Wege steht.

Mitte Oktober legten Charité und Pharma-Firma eine Pause ein. Nachdem während einer vergleichbaren Test-Studie ein Teilnehmer erkrankte, wurden wir Testpersonen benachrichtigt: Erst einmal Stopp. Der Test kommt auf den Prüfstand – mit Erfolg: Seit Ende November geht es weiter.

Ulrich Schulte-Döinghaus

„Berlin soll ein Sehnsuchtsort bleiben“

Sinem Taşan-Funke und Peter Maaß sind das neue Führungsduo der Jusos Berlin. Sie haben sich einiges vorgenommen.

Berliner Stadtblatt: Liebe Sinem, lieber Peter, ihr steht gemeinsam an der Spitze der Berliner Jusos: zwei unterschiedliche Menschen mit ganz unterschiedlichen Denkweisen. War es für euch eigentlich schwierig, eine Doppelspitze zu bilden?

Sinem: Wir kannten uns schon vorher aus unserer Arbeit für den Juso-Landesverband. Gleichzeitig haben wir beide viel Erfahrung in unseren jeweiligen Kreisverbänden gesammelt. Ich komme aus Tempelhof-Schöneberg, Peter aus Berlin-Mitte. Irgendwann unterhielten wir uns mal über den Landesverband, also was wir gut finden, was wir anders machen würden. Wir merkten relativ schnell, dass wir sehr ähnlich ticken. Natürlich sind unsere Biografien ganz unterschiedlich: So können wir auch eine gewisse Diversität abbilden. Eine Doppelspitze bietet uns außerdem die Möglichkeit, Arbeit aufzuteilen, die man so allein gar nicht stemmen könnte – das fanden wir charmant.

Als Ort für euer Bewerbungsvideo als Doppelspitze hattet ihr euch das Märkische Viertel in Reinickendorf ausgesucht. Gerade diese Gegend ist nicht unbedingt als hipper Teil der Hauptstadt bekannt. Warum habt ihr dennoch gerade dort gedreht?

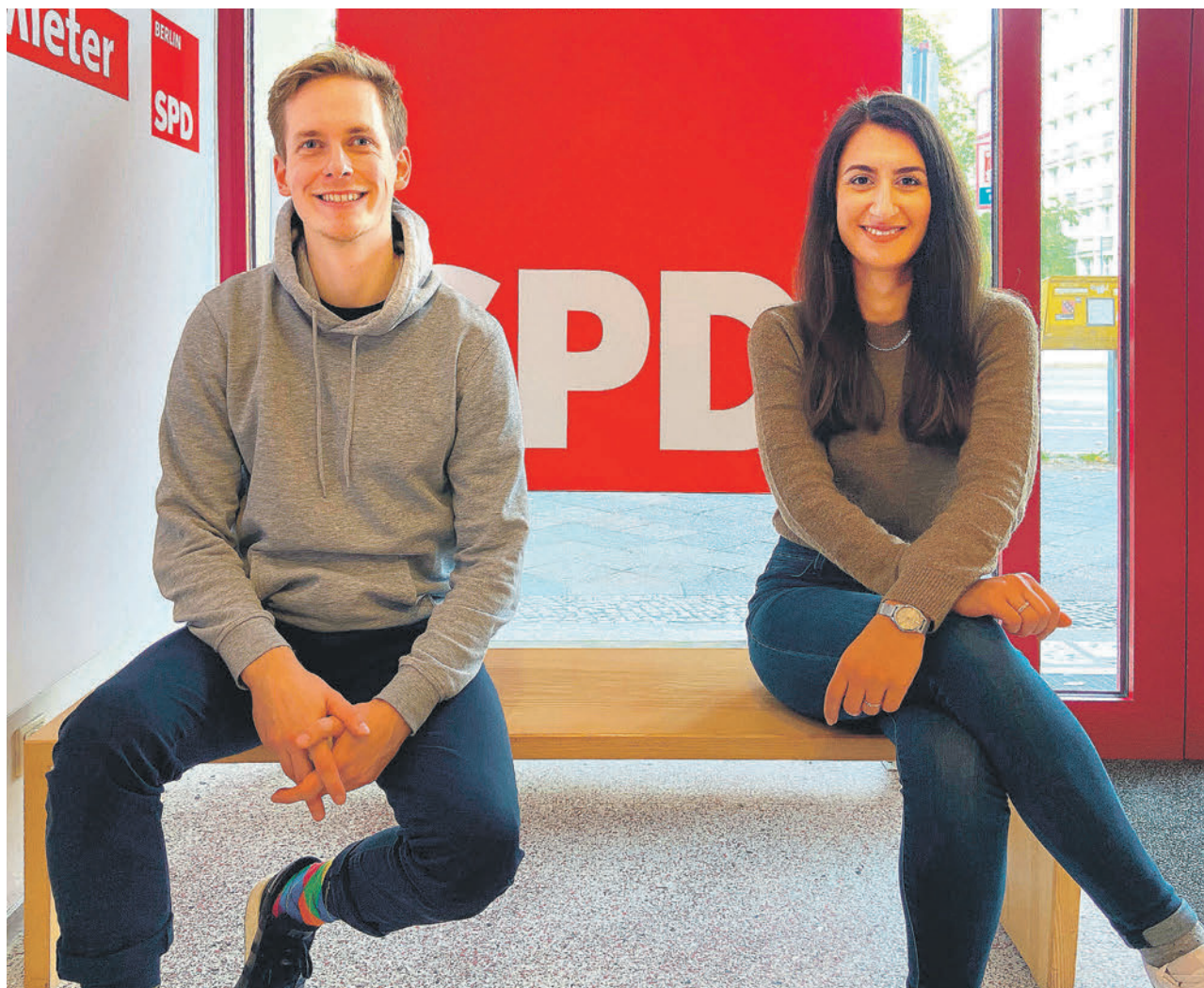
Peter: Wir haben das Gefühl, dass oftmals bestimmte Teile Berlins weder diskutiert noch in irgendeiner Art und Weise repräsentiert werden. Es gibt eben nicht nur Berlin-Mitte, das sozial hip ist. Es gibt auch das Märkische Viertel in Reinickendorf und viele weitere mehr – Stadtteile, Bezirke, die direkt vor unserer Haustür liegen und ein großes Potenzial aufweisen.

Das Märkische Viertel war mal ein Vorzeigebereich für viele Menschen, jedoch wurde es danach nie weiterentwickelt. Wenn in Zukunft neue Stadtteile entstehen, müssen wir darauf achten, dass diese ganzheitlich mitgedacht werden. So wollen Sinem und ich auch Politik machen: ganzheitlich für Berlin.



Sinem: Wir wohnen beide relativ zentral und haben anderthalb Stunden dorthin gebraucht. Das sagt schon alles. Wir müssen uns mehr um die Probleme vor Ort kümmern. Gerade für das Märkische Viertel sind das Kinderarmut und die Erwerbslosigkeit. Beide sind wesentlich höher als in anderen Quartieren in Berlin. Daher müssen wir aufhören, nur die Innenstadt zu sehen. Das gilt für uns Jusos genauso wie für die gesamte Berliner SPD.

In euren Bewerbungsreden habt ihr davon gesprochen, dass ihr eine linke SPD wollt, die mit euch für eine sozialistische Gesellschaft



Als Juso-Doppelspitze möchten Peter Maaß (l.) und Sinem Taşan-Funke dafür sorgen, dass Berlin eine bunte und vielfältige Stadt bleibt.

Fotos: Sebastian Thomas

kämpft. Mal weg von der Theorie, hin zur Praxis: Wie kann das in euren Augen konkret aussehen?

Sinem: Willy Brandt hat den bekannten Satz geprägt: Mehr Demokratie wagen. Wenn wir diesen Satz auf die Gesellschaft übertragen, müssen wir uns in gleichem Maße auch über die Demokratisierung der Wirtschaft unterhalten. Genau dies ist bis heute nicht geschehen. Da gibt es nach wie vor ein sehr hierarchisches System, wer den Kurs bestimmt, wie und was produziert wird und wer am Ende Profit einheimst.

Mittlerweile gibt es Möglichkeiten, wie man nachhaltiger und eben demokratischer wirtschaften kann.

Es gibt viele erfolgreiche Firmen, in denen die Entscheidungen darüber, wohin sich das Unternehmen in Zukunft entwickeln soll, von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinschaftlich getragen wird. Eine andere gute Idee, auch um die durch die Corona-Krise entstandenen Schulden zu tilgen, ist eine Vermögensabgabe, wie sie auch Saskia Esken vorschlägt.

Peter: Wir reden immer über Utopien. Doch ganz zu Anfang sollten wir uns überlegen, wie wir diese Gesellschaft im Kleinen ein Stück weit so verändern, dass wir eine große Wirkung für unser gesamtes Miteinander erzielen. Nehmen wir die Arbeitszeitverkürzung: Die Frage ist immer, wie viel Arbeitszeit in der Woche wollen und sind wir auch bereit zu geben? Viele in meiner Generation möchten in ihrem Leben nicht nur arbeiten, sondern in ihrer Freizeit sinnvolle Dinge tun, die für die Gemeinschaft oder auch nur für sie einen Mehrwert haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der eine Gesellschaft verändern könnte.

Mit welchem politischen Bündnis sind diese Forderungen umsetzbar: Mit einer Großen Koalition oder Rot-Rot-Grün?

Sinem: Als Juso-Verband eint uns die Ablehnung der Großen Koalition. Das gilt für die Landesebene umso mehr, gerade weil wir die Erfolge mit Rot-Rot-Grün sehen. Im Bund bedeutet eine Koalition mit CDU und CSU seit vielen Jahren einfach Stillstand. Wir wollen gestalten, unsere Vorhaben voranbringen. Das funktioniert weitere vier Jahren im Bund mit der Union einfach nicht. Wir merken auch, dass es die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile satt haben.

Peter: Die Ablehnung von bestimmten Bündnissen richtet sich nach den Inhalten, die mit diesen Parteien zu machen sind. An dieser Stelle müssen wir ganz klar feststellen, dass mit CDU/CSU auf Bundesebene wichtige sozialpolitische Maßnahmen beziehungsweise

„
Die SPD will
Dinge verbessern
und einen
Modernisierungsschub für die
Gesellschaft leisten.“

“
Peter Maaß



Reformen jetzt und in Zukunft nicht auf den Weg gebracht werden können. Das sehen wir ganz deutlich an dem Hickhack, das sich um die Frage dreht, wieviel Rente Menschen nach ihrem Erwerbsleben zustehen soll.

In Berlin sehen wir sehr anschaulich, was mit der Rot-Schwarzen Koalition nicht möglich war. Da setzte sich keiner der Verantwortlichen zielgerichtet für eine gute Wohnungs- und Mietenpolitik ein. Das überließ man dem privaten Sektor. Alles, was wir für eine offene Gesellschaft wollen und brauchen, ging in den vergangenen viereinhalb Jahren mit Rot-Rot-Grün voran. Das Antidiskriminierungsgesetz schützt

die Berlinerinnen und Berliner vor diskriminierender Willkür der Behörden, die Bildung ist fast kostenfrei. Ich habe bei den Christdemokratischen und -demokratischen immer das Gefühl, dass sie die Interessen ihrer alten, weißen Klientel absichern wollen und weniger die der Stadtgesellschaft, die bunt und vielfältig ist.

Was wünscht ihr euch für den kommenden Berliner Wahlkampf?

Sinem: Wir wünschen uns vor allem einen starken inhaltlichen Wahlkampf und dass die SPD Berlin eine Vision hat, wie diese Stadt in zehn Jahren aussehen soll. Die zentrale Frage ist: Wem gehört die Stadt? Daraus ergibt sich ein ganzer Fragenkatalog, nämlich: Wollen wir die Stadt weiterhin auf Autofahrerinnen und Autofahrer ausrichten? Oder wollen wir klar in den ÖPNV investieren? Eine weitere wichtige Angelegenheit ist der Bereich der inneren Sicherheit. Ich möchte keine Law-and-Order-Politik, sondern das liberale Stadtbild von Berlin erhalten. Genauso muss die SPD die Partei sein, die wirksam Armut bekämpft. Da brauchen wir gute Konzepte und müssen armen Menschen den Weg in ein besseres, selbstbestimmtes Leben aufzeigen.

Peter: Die SPD hatte schon immer den Anspruch, Dinge zu verbessern und einen Modernisierungsschub für die Gesellschaft zu leisten. Genau jetzt stellen wir die Weichen für eine Zukunft, in der Berlin weiterhin der Platz für alle Menschen sein kann. Das zeichnet die Stadt aus.

Berlin soll sich nicht wie andere Großstädte entwickeln, in deren Stadtkern nur noch große Unternehmen und ein paar Superreiche Platz finden. Nein, es ist gerade die soziale Durchmischung, die Berlin ausmacht, und diese muss um jeden Preis erhalten bleiben. Berlin soll ein Sehnsuchtsort bleiben. Dazu muss die SPD ihren Beitrag leisten, wenn sie weiterbestehen will.

Fragen: Sebastian Thomas

„
Wir müssen
uns mehr
um die
Probleme
vor Ort
kümmern.“

“
Sinem Taşan-Funke

Mehr Infos zu den Jusos Berlin:
🌐 <https://www.jusosberlin.de>

Das vollständige Interview mit Sinem Taşan-Funke und Peter Maaß finden Sie online:

🌐 <https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-jusos-berlin-sehnsuchtsort/>



Ihr gutes Recht

Petitionsausschuss ist für Bürgerinnen und Bürger da

Wenn sie sich von Behörden oder Senatsbetrieben unfair behandelt fühlen, wenden sich Bürgerinnen und Bürger an den Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses – manchmal mit Erfolg.

Ein Sonntag im Sommer, abends in der U-Bahn: „Die Fahrausweise zur Kontrolle bitte“, sagt der BVG-Kontrolleur. Der Fahrgast zeigt sein Umweltticket vor, seine Ehefrau neben ihm ebenso – doch ihr Umweltticket ist beschädigt und lässt sich nicht auslesen. „Das ist leider ungültig, das kostet sie 60 Euro“, sagt der Kontrolleur mit Blick auf das Ticket. Er hat alles richtig gemacht: Wer mit ungültigen Tickets die U-Bahn nutzt, muss zahlen. Aber auch der Passagierin ist kein Vorwurf zu machen. Sie konnte nicht erkennen, dass ihr Umweltticket beschädigt ist.

Die Angelegenheit landete beim Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses. Dort sind zwölf Parlamentarier aus allen Fraktionen vertreten. Er geht Eingaben – lateinisch: Petition – von Bürgerinnen und Bürgern nach, die sich von Landesbehörden falsch behandelt fühlen oder auch von Eigenbetrieben, etwa der BVG.

Andreas Kugler, ein erfahrener Abgeordneter aus Steglitz, ist im Petitionsausschuss mit Leidenschaft bei der Sache. „Vielleicht eine Gewohnheit, die ich seit Schülertagen in die Politik übertragen habe“, so der 53-jährige Steuerfachmann.



Andreas Kugler ist stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses. Foto: Landesarchiv Berlin/Thomas Platow

„In den vergangenen Monaten“, erinnert sich Sozialdemokrat Andreas Kugler, „hatten wir es oft mit Eingaben rund um die Corona-Epidemie zu tun.“ Etwa: Ich bin BVG-Abonnent, besteht die Möglichkeit, für die Zeit des Lockdowns ein Ausgleichsangebot zu erhalten?

Alle Eingaben werden gleichbehandelt, egal ob sie als Massenpetitionen im Ausschuss landen oder von einzelnen Beschwerdeführern kommen. Etwa von der BVG-Kundin, die mit einem beschädigten Umweltticket in der U-Bahn fuhr. Sie hätte das beschädigte Ticket gar nicht vorzuzeigen brauchen. Die Umweltkarte ihres Partners hätte ausgereicht. Die Strafgebühr muss sie nicht zu bezahlen, und die BVG verspricht, ihre Kontrolleure besser aufzuklären. „Weil wir Abgeordnete im Petitionsausschuss unsere Arbeit gemacht haben“, sagt Andreas Kugler.

Ulrich Schulte-Döinghaus

Der „Mietendeckel“ hält

Gegen steigende Mieten – für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum

Seit dem 23. Februar sind in Berlin die Mieten für rund 1,5 Millionen freifinanzierte Wohnungen auf dem Stand vom Sommer 2019 eingefroren. Mit dem Mietendeckel hat der Senat dem drastischen Mietanstieg in der Hauptstadt einen Riegel vorgeschoben. Er folgte damit einer Initiative aus der Berliner SPD. Ende November folgte nun der nächste Schritt: Dann mussten Mieten, die die Obergrenze um mehr als 20 Prozent überschreiten, auch abgesenkt werden.

Über 80 Prozent der Berlinerinnen und Berliner wohnen zur Miete. Darauf weist die SPD-Abgeordnete und Mietenexpertin Iris Spranger hin. Ihnen soll mit dem Mietendeckel eine fünfjährige Atempause verschafft werden. „Das sind fünf Jahre, die wiederum intensiv für den Neubau genutzt werden müssen. Der richtige Dreiklang für die wachsende Stadt lautet: Bauen – Kaufen – Deckeln“, so die SPD-Abgeordnete.

Seit 2001 wächst die Stadt – zunächst langsam, dann immer schneller: Nach 2011 zogen jedes Jahr rund fünfzigtausend Menschen in die Hauptstadt. Mit den steigenden Bevölkerungszahlen schossen die Preise bei Neuvermietungen in die Höhe. Der Wohnungsbau hielt mit der Entwicklung der wachsenden Stadt nicht Schritt. Dazu kam, dass sich Berlin aus Finanznot von städtischen Wohnungsbeständen

hatte trennen müssen. Lag die Angebotsmiete 2005 noch bei knapp fünf Euro pro Quadratmeter, so verdoppelte sie sich bis 2018 fast auf 9,91 Euro, die Quote für Leerstand sank unter zwei Prozent.

Zwar konnte die SPD auf Bundesebene einige Verbesserungen im Mieterschutz durchsetzen, etwa eine Begrenzung von Mieterhöhungen. Mit der Ankündigung des Berliner Mietendeckels im vergangenen Jahr aber konnte nun sogar ein leichter Rückgang bei den Angebotsmieten erreicht werden. Der Mietendeckel schreibt zudem vor, dass die Mieten in Berlin ab 2022 höchstens um 1,3 Prozent jährlich steigen dürfen. Bei Neuvermietungen gelten Obergrenzen. Der Berliner Mieterverein sieht darin „eine spürbare Entlastung für alle Mieter“.

Er schätzt, dass sich 95 Prozent der Vermieter an die Regelung halten. Wie anfangs erwähnt trat am 23. November die zweite Stufe des Mietendeckels in Kraft: Mieten, die die Obergrenze um mehr als 20 Prozent überschreiten, müssen abgesenkt werden. Ende Oktober lehnte das Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag gegen die Mietsenkungen ab. FDP und CDU/CSU wollen den Schutz der Berliner Mieterinnen und Mieter wieder unterbinden. Sie haben eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Landgericht Berlin hatte dagegen Ende Juli 2020 keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Mietendeckels.

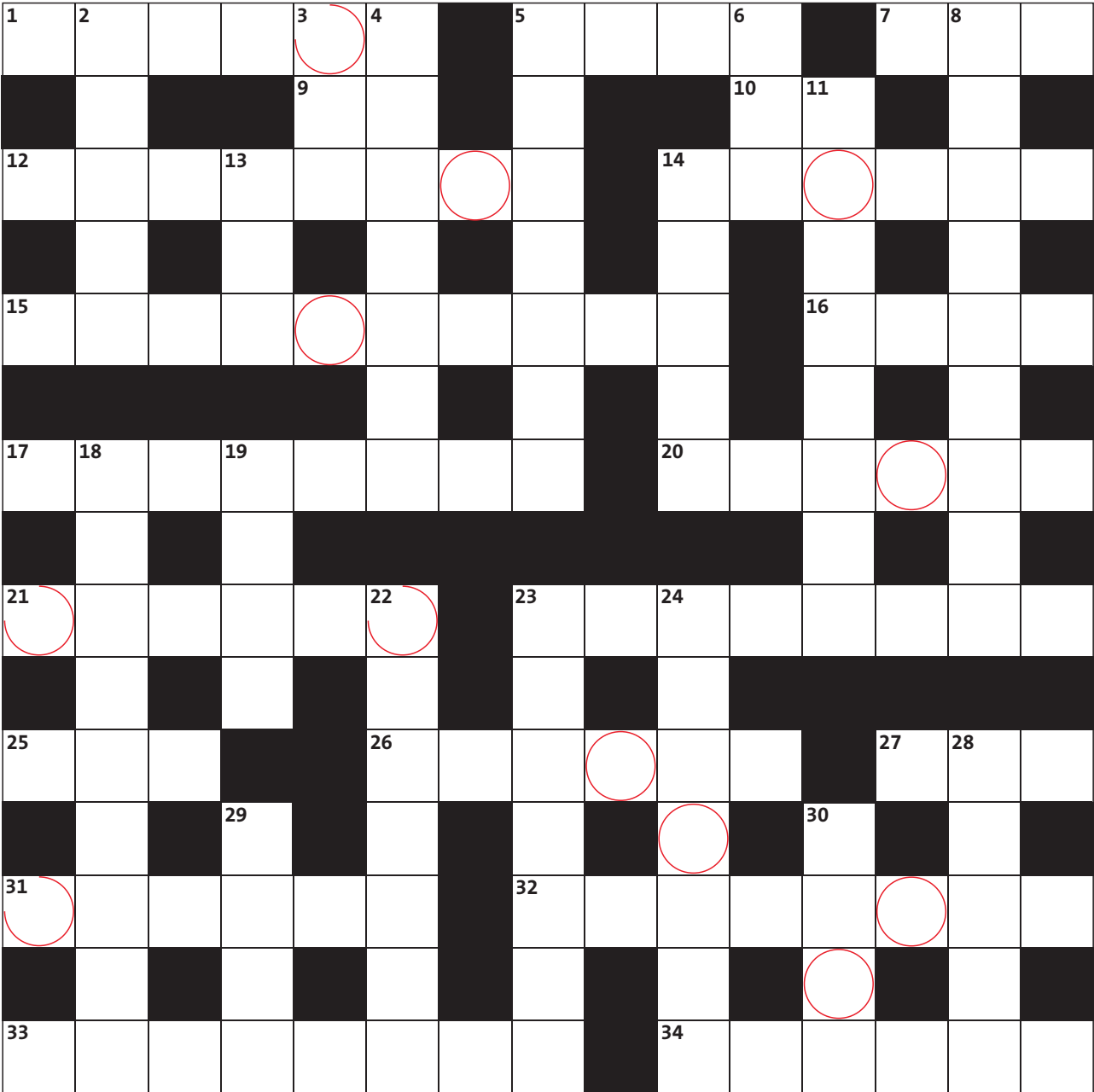
Ulrich Horb

<https://mietendeckel.berlin.de>



Ein Protesttransparent mit der Aufschrift „Miete runter“ hängt an einem Kreuzberger Wohnhaus vor der Einführung des Mietendeckels. Foto: Ulrich Horb

BERLINER PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe

- 1 Kanzlerkandidat der SPD
- 5 Verdickungsmittel aus der Palme
- 7 Chinesische Nationalität
- 9 Niederung an Bächen und Flüssen
- 10 Adverb
- 12 Sommergrüner Baum, Baum des Jahres 1992
- 14 legendärer Berliner Bürgermeister
- 15 Blattwerk im „Indian Summer“
- 16 Gemüsepflanze aus dem Hochland von Abessinien
- 17 Teil des stehenden Gutes auf Segelschiffen
- 20 Kompaniefeldwebel
- 21 Berliner Badewanne, im Sommer überfüllt
- 23 akademisches, kirchliches oder schulisches Leitungsamt
- 25 Stilles Örtchen
- 26 wenn an der Börse die Champagnerkorken knallen
- 27 Winnetous Gruß
- 31 sollte man besser nicht durch die Lasche zieh'n
- 32 Funktionseinheit des Gehirns, verantwortlich für Triebe und Emotionen
- 33 Schwellung der Bindehaut
- 34 stabil und beständig

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe

- 2 ist als Medizin hautverträglich, macht auf der Torte glücklich und dick
- 3 nicht heiß, nicht kalt
- 4 später geht's nicht
- 5 festgewachsene Meeresalgen
- 6 Schillers und Beethovens Verneigung vor der Freude

- 8 arterielle Aussackung
- 11 Schauplatz von Vorführungen während Corona
- 13 Länderkürzel von Gabun
- 14 Bilderrätsel
- 18 schiedlich-friedliche Streitleistung
- 19 Schlussteil eines musikalischen Stückes
- 22 Anstrengung ist ausgeschlossen
- 23 ohne Bedauern
- 24 männlicher Vorname
- 28 wurde neulich am Berliner Alex gesichtet
- 29 müllige E-Mail
- 30 Schlag mit Faust, Knüppel, Säbel

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben ein bedeutendes Kulturzentrum im Herzen von Berlin. Dort ist die Nofretete ebenso zu Haus wie Tilman Riemenschneiders „Heiliger Georg“.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 15.12.2020 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163 · 13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs „Zuhause bei Loki und Helmut Schmidt: Das Kanzlerhaus in Hamburg-Langenhorn“, herausgegeben von der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung und mit Fotografien von Michael Zapf.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES IM OKTOBER 2020 ERSCHEINENEN BUCHS „ZUHAUSE BEI LOKI UND HELMUT SCHMIDT: DAS KANZLERHAUS IN HAMBURG-LANGENHORN“

Die Geschichte einer besonderen Ampel

Um das Infektionsgeschehen besser beurteilen zu können, ging Berlin einen Sonderweg

Es ist Anfang Mai 2020. Auf einem Corona-Gipfel beschließen die Kanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten Lockerungen nach der Zeit der Ausgangsbeschränkungen. Kurz danach veröffentlicht die Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit eine Pressemitteilung: Um das Infektionsgeschehen und die Belastung des Gesundheitssystems im Blick zu behalten, geht das Land Berlin einen Sonderweg.

Der Senat beschließt verschiedene Indikatoren, um die Auswirkungen der Lockerungen besser beurteilen zu können: Reproduktionszahl, Sieben-Tage-Inzidenz sowie die Auslastung und Kapazität der Intensivbetten. Daraus entwickeln die Verantwortlichen ein System, das ungefähr ein halbes Jahr später in Teilen des Bundesgebietes Schule machen soll: die Corona-Ampel.

Alle drei genannten Indikatoren werden nach den bekannten Ampelfarben rot, gelb und grün bewertet. Dadurch bekommt der Berliner Senat schnell Hinweise darauf, ob er in das aktuelle Infektionsgeschehen eingreifen muss oder nicht.

Der erste Indikator ist die **Reproduktionszahl**. Sie beschreibt, wie viele Menschen ein Infizierter durchschnittlich ansteckt. Bei dem Corona-Virus, so die Gesundheitsbehörde, ist die Zahl stabil unter eins zu halten. Der nächste Hinweis betrifft die **Zahl der Neuinfektionen** pro 100.000 Einwohnerinnen und



Foto: Adobe Stock/Of The Village | Kollage: SPD Berlin

Einwohnern innerhalb von sieben Tagen. Dieser Indikator stellt das Infektionsgeschehen in absoluten Zahlen dar. Der letzte Indikator gibt Auskunft über die **Auslastung der Intensivbetten**.

Die Sieben-Tage-Inzidenz fungiert seit Ende Oktober als Grund-

lage für die Corona-Ampel unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern. Als zweites Bundesland nach Berlin hatte zuvor Rheinland-Pfalz ein Ampel-System eingeführt. Anders jedoch als in der Bundeshauptstadt sind die bestimmenden Farben Gelb-Orange-Rot.

Bereits Ende September zeigte sich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller darüber erfreut, dass sich bei einer Videoschleife der Länderchefinnen und -chefs mit der Kanzlerin die Anwesenden für ein Warnsystem aussprachen, und zwar so wie in Berlin oder ähnlich wie in Berlin.

Bis Ende August veröffentlichte die Senatsverwaltung für Gesundheit täglich Pressemitteilungen zum aktuellen Stand der Corona-Ampel. Seitdem gehen die Verantwortlichen einen neuen Weg mit einem Online-Lagebericht (siehe Infobox). Darin integriert: das Ampelsystem zur Lage der Pandemie in der Hauptstadt.

Sebastian Thomas

Aktuelle Corona-Infos online:
 <https://www.berlin.de/corona>

SCHÜTZEN SIE SICH UND ANDERE!



ABSTAND
HALTEN!



MASKE
TRAGEN!



HYGIENE
BEACHTEN!



CORONA-APP
BENUTZEN!

MEINUNG

SPD-BASIS IST PUTZMUNTER

Nein, die letzten Umfragen sind nicht schön für die SPD. Aber sie sind auch widersprüchlich. Schwachen Werten für die Partei stehen 46 Prozent Beliebtheitsgrad für den Regierenden Bürgermeister Michael Müller gegenüber. 51 Prozent hätten gerne Franziska Giffey als künftige Regierungschefin. Fazit: Bis zur Wahl im Herbst 2021 wird sich noch Vieles sortieren.

Dann geht es um Personen, aber auch um ein politisches Programm, das nicht nur eine bestimmte Klientel überzeugen muss. Da steht es gar nicht so schlecht um die Partei mit der längsten Tradition. In den letzten Jahren gab es einen Schub an neuen, meist jüngeren Mitgliedern. Viele stehen mittlerweile in ihren Kiezen in der Verantwortung. Bei den Wahlen für Abgeordnetenhaus und Bundestag drängen Junge nach vorne. Kevin Kühnert zum Beispiel und Annika Klose.

Die SPD hat eine putzmuntere Basis, die „alte Tante“ ist heute jünger als die Grünen, die in manchen Bezirken bürgerlicher als die CDU sind. Die SPD dagegen ist eine Partei mit festen Grundsätzen und zugleich der Bereitschaft zum pragmatischen Handeln. Das Motto: Wir sind wir.

Ulrich Schulte-Döinghaus

Kultur versus Corona-Folgen

SPD will Künstlerinnen und Künstler besser absichern

Eigentlich sollte die Weddinger Kostümbildnerin und Malerin Sibylle Gädeke im Frühjahr das Gastspiel einer Dresdener Operninszenierung, für die sie die Kostüme entworfen hatte, nach Japan begleiten. Corona vereitelte nicht nur dieses Engagement, auch alle anderen brachen weg.

Mitte März schlossen in Berlin Museen, Opern, Theater, Kinos, Kneipen, Bars und Clubs. Großveranstaltungen wurden verboten, Messen abgesagt. Schwierige Zeiten für Kultureinrichtungen, eine finanzielle Katastrophe für freischaffende Künstlerinnen und Künstler oder Solo-Selbstständige in der Veranstaltungstechnik. Sibylle Gädeke zog sich in ihr Atelier in den Weddinger Gerichtshöfen zurück und führte ein zeichnerisches Corona-Tagebuch.

Zwar hatte der Berliner Senat kurzfristig ein Hilfsprogramm mit 5.000 Euro Unterstützung für Solo-Selbstständige aufgelegt. Aber nur wenige Künstlerinnen und Künstler in ihrem Umfeld kannten und nutzten diese Möglichkeit, berichtete Sibylle Gädeke Mitgliedern des SPD-Kulturforums bei einem Treffen. „Bis die Künstlerinnen und Künstler den Antrag eingereicht hatten, waren die Gelder schon weg.“ Das Folgeprogramm des Bundes förderte dann nur reine Betriebskosten, nicht aber den Lebensunterhalt, auf den gerade Künstlerinnen und Künstler angewiesen sind. Auch die großen städtischen Bühnen hätten sich trotz staatlicher Unterstützung mehr um die festangestellten Ensemble-Mitglieder gekümmert als



Künstlerin Sibylle Gädeke (r.) in ihrem Atelier in den Weddinger Gerichtshöfen im Gespräch mit Mitgliedern des SPD-Kulturforums

Foto: Ulrich Horb

um freischaffende, kritisiert Sibylle Gädeke: „Ausfallhonorare gibt es so gut wie nicht.“

Mit Kreativität hatten Berlins Kultureinrichtungen auf die Krise reagiert. Die Schaubühne stellte ältere Theateraufzeichnungen ins Netz, die Neuköllner Oper produzierte eigene aktuelle Videoclips, einige Theater organisierten Aufführungen unter freiem Himmel. Auch wenn Veranstaltungen wieder anlaufen, kostendeckend sind sie oft nicht. So besetzt die Deutsche Oper nur 800 ihrer 2.000 Plätze, dem Schlosspark-Theater von Dieter Hallervorden bleiben ganze 105 der 473 Sitzplätze.

Die Freie Szene Berlins forderte in einem Offenen Brief ein „faires Angebot“ für die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, das dem Kurzarbeitergeld entspreche. Die SPD-Bundestagsfraktion will unabhängig von Corona die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, die Kulturschaffenden besseren Zugang und bessere Absicherung bietet.

Weitere Unterstützung ist nötig, so das SPD-Kulturforum: Kultur lebt von der Begegnung, digitale Angebote können die analogen nur ergänzen.

Ulrich Horb

Auf Solidarität setzen

Corona trifft auch die Besucherorganisationen hart

Alice Ströver hat eine gute Nachricht für ihren Chef: „Die Staatsoper hat wieder Karten für uns.“ Alice Ströver, einst Kulturstaatssekretärin, ist Geschäftsführerin des Vereins Freie Volksbühne, ihr Chef der Vorsitzende Frank Bielka, einst Bürgermeister von Neukölln, Finanzstaatssekretär und zuletzt Chef der Degewo.

Der Verein Freie Volksbühne vermittelt als „Kulturvolk“ seinen Mitgliedern Theater-, Konzert- und Opernkarten zum günstigen Preis und ist damit eine von drei Berliner Besucherorganisationen. Und für alle drei gilt das Sprichwort: Den Letzten beißen die Hunde. Denn, wenn schon der Bühnen- und Konzertsaal wegen der Corona-Vorschriften erheblich reduziert hat, bleiben kaum noch Eintrittskartenkontingente für die übrig, die zu normalen Zeiten halfen, die Säle zu füllen. „Dabei haben wir noch Glück“, sagt Frank Bielka. „Wir haben ein eigenes Haus mit großem Garten.“ Das hat der Verein im Sommer genutzt und selbst Kultur veranstaltet. Es hat den Künstlern geholfen, die Angestellten müssen jedoch mit Kurzarbeit über die Runden kommen. Verzichteten musste man auf ein großes Fest zum 130-jährigen Bestehen. Übrig blieb eine bescheidenere Veranstaltung mit ausgelosten Karten.

130 Jahre Freie Volksbühne – das sind 130 Jahre Arbeiterbildung. Denn am Anfang stand 1890 das Bedürfnis der arbeitenden Menschen, selber am Kulturleben teilzuhaben und es nicht allein den Wohlhabenden zu überlassen. Schon bald

plante der Verein unter Führung von Franz Mehring ein eigenes Theater am Bülowplatz, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz. Es wurde 1914 eröffnet und wurde zu einem kulturellen Brennpunkt – bis die Nazis es sich einverleibten und nach dem Kriege der Sowjets und dann die SED das Haus unter ihre Fittiche nahmen. In West-Berlin bekam die Freie Volksbühne ein neues Haus in der Schaperstraße. Es begannen die großen Theaterjahre unter Erwin Piscator. Nach der Wiedervereinigung gab der Verein das Haus auf und behielt ein Gebäude in der Wilmersdorfer Ruhrstraße für die Besucherorganisation.



Im Sommer setzte die Freie Volksbühne auf ein Open-Air-Programm

Foto: Kulturvolk

Die Freie Volksbühne Berlin hat schon früh Nachahmer gefunden. Heute noch sind deutschlandweit 57 Volksbühnenvereine vernetzt. Und sie haben alle die gleichen Probleme mit Corona. „Auch wenn es eng wird: Wir setzen auf die Solidarität der Mitglieder und werden überleben“, sagt Frank Bielka. „Irgendwann wird ja die Corona-Krise vorbei sein.“

Ulrich Rosenbaum

Eine gute Stunde pralles Leben

Die Rechtsberatung der SPD in Wilmersdorf bietet Rat für viele Bürger*innen aus dem Kiez

Es ist der 2. Mittwoch im Monat, 17.20 Uhr. Frank-Axel Dietrich, Fachanwalt für Arbeitsrecht, schließt die mittlere Tür der Kita Aventura am Nikolsburger Platz auf. Den Raum hat die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf der deutsch-spanischen Kita tagsüber untervermietet. Auch Zoltan Micelski, Fachanwalt für Mietrecht, stößt hinzu.

Heute warten schon sehr zeitig Interessent*innen vor der Tür auf das Angebot der seit Januar 2014 bestehenden kostenlosen Rechtsberatung, die aktuell zum Miet- und Arbeitsrecht angeboten wird.

Herr S. sucht Rat: er wohnt seit 30 Jahren in seiner kleinen Wohnung und die ehemalige Vermieterin hat ihm erlaubt, eine Dusche einzubauen. Er möchte jetzt den Zugang absenken, damit er mit einem Rollator in die Dusche fahren kann. Eine Kostenübernahme von der Kran-



„Ich bin Zoltan und Frank-Axel echt dankbar für ihre ehrenamtliche Rechtsberatung“, sagt Franziska Becker (SPD). „In meinem Wahlkreis gibt es viele Leute, die ermutigt werden können, ihre Rechte wahrzunehmen.“ Foto: Privat

kenkasse hat er schon, nur die Gesellschaft, die das Haus gekauft hat, meldet sich nicht zurück. „Ich glaube die wollen mich raushaben“, ist sich Herr S. sicher. „Dann bau’ ich eben ohne Zustimmung um!“. Zoltan Micelski muss davor warnen. Die fest eingebaute Dusche gehört jetzt dem Vermieter. Wenn Herr S. jedoch auf den abgeflachten Duschzugang sehr dringend angewiesen ist, kann der Vermieter auf Zustimmung verklagt werden. Es empfiehlt sich anwaltliche Hilfe. Nach dem Einkommen steht fest: Herr S. kann beim Amtsgericht Beratungshilfe beantragen, und falls nach einem Anwaltsschreiben ein Prozess nötig sein wird, bekommt er wohl auch Prozesskostenhilfe.

Ein weiterer Fall: Frau R., 68 Jahre, arbeitet noch. „Allein von der Rente könnte ich nicht leben.“ Mit einem Minijob bei einem privaten Pflegedienst bessert sie ihre Rente

auf. Der Stundenlohn könnte 2020 unter dem Mindestlohn liegen. Leider kann sie nicht sagen, wie viele Stunden sie arbeitet. Sie unterschreibt zwar beim Arbeitgeber ihre Einsätze, bekommt aber keine Kopie. Im Arbeitsvertrag sind monatlich bis zu 30 Stunden festgehalten. Das ist arbeitsrechtlich alles sehr schräg. Frank-Axel Dietrich verabredet mit Frau R., dass sie anhand ihres Kalenders die Stunden rekonstruiert und sich wieder meldet. Sie wird sich die Stunden künftig aufschreiben und den Arbeitgeber auf den Mindestlohn vorsorglich hinweisen. „Gekündigt werden können sie dafür – es arbeiten 60 Leute im Pflegedienst – nicht. Außerdem suchen alle Pflegedienste der Welt zurzeit eingearbeitetes Personal“, macht der Anwalt Mut.

Die Zeit ist fortgeschritten. Und schon ist eine Stunde pralles Leben vorbei. **Franziska Becker · Mda**

Mehr Verkehrssicherheit für die Kinder in Berlin!

Wir setzen uns gemeinsam für sichere Schulwege in Berlin ein

Berliner Kinder sind leider oft gefährdet, wenn sie zu Fuß gehen. Bei einem stetig wachsenden Verkehrsaufkommen müssen Kinder als die schwächsten Verkehrsteilnehmer besonders geschützt werden, da sie oftmals durch noch fehlendes Wissen die Gefahren des Straßenverkehrs unterschätzen. Grund genug also, hier mehr in die Sicherheit unserer Kinder zu investieren.

Konkret setze ich mich, als direkt gewählter Abgeordneter für Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf, gemeinsam mit den Vertretern der Grundschule am Rüdesheimer Platz für eine Schulwegsicherung an der Grundschule, die Einrichtung einer Bedarfsampel an der Kreuzung Südwestkorso/Laubenheimer Stra-

ße und für eine Begutachtung der Situation an der Kreuzung Johannisberger Straße/Wiesbadener Straße ein. Die Verkehrssituation an der Grundschule am Rüdesheimer Platz hat sich dabei in den letzten Jahren sukzessive verschlechtert. Die Schule mit einem Inklusionsschwerpunkt wird auch von Schüler*innen mit geistigen und körperlichen Behinderungen besucht, denen man ihre Beeinträchtigungen zwar teilweise nicht ansieht, die sich aber dennoch nicht adäquat im Straßenverkehr bewegen können und daher besonders schutzbedürftig sind.

Wir müssen allen Kindern einen sicheren Schulweg bieten können. Eine Möglichkeit ist hier die Einrichtung von sogenannten „Kiss &



Florian Dörstelmann

Foto: SPD Berlin · Joachim Gern

Go-Zonen“ an geeigneter Stelle, um den Kindern, die mit dem Auto zur Schule gebracht werden, eine sichere Ankunft und Abholung zu ermöglichen. Weiter fordern wir eine verkehrsberuhigte Zone vor der Schule, die in Berlin an solchen Stellen eigentlich Standard sein sollte.

Bisher sind meine Anfragen seit Juni 2018 bei Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) leider ins Leere gelaufen. So wurde z. B. mitgeteilt, dass an der Kreuzung Südwestkorso/Laubenheimer Straße keine „qualifizierte Gefahrenlage“ bestehe, da sich diese an der Verkehrsdichte und der Verkehrsunfalllage ausrichtete. Eine Einschätzung, die fatal enden könnte. Wer sich einmal angesehen hat, wie

unübersichtlich die Situation vor Ort aufgrund der geparkten Autos bereits für Erwachsene ist, kann sich denken, wie fehlerhaft die Einschätzung der Senatsverwaltung an dieser Stelle ist. Eine Besserung der Verkehrslage vor der Grundschule kommt ebenso quälend langsam voran und wird größtenteils von den engagierten Vertreter*innenn der Schule vorangetrieben.

Die beschriebene Situation steht exemplarisch für viele Schulen in Berlin. Eltern wünschen sich einen sicheren Schulweg für ihre Kinder, der an vielen Stellen der Stadt leider noch keine Realität darstellt. Der Senat muss hier konsequent handeln. Weitere warme Worte werden die Kinder nicht schützen.

Florian Dörstelmann · Mda

Für eine stadtverträgliche A100

Die Pläne zum Umbau des Autobahndreieck Funkturms müssen verbessert werden – und die A100 braucht einen Deckel

Das in den 1960er-Jahren errichtete Autobahndreieck Funkturm ist sanierungsbedürftig. Es wird täglich im Schnitt von 200.000 Fahrzeugen genutzt und ist damit einer der am höchsten frequentierten Verkehrsknotenpunkte Deutschlands. Als direkt gewählte Abgeordnete setze ich mich für eine stadtverträgliche Sanierung des Autobahndreiecks Funkturm ein.

Die aktuellen Umbaupläne bleiben hinter diesem Anspruch meilenweit zurück: Einer der Hauptgründe ist die geplante Schließung der Anschlussstelle Halenseestraße. Hier fließt der Verkehr bisher in unbewohntes Gebiet entlang des Messedamms ab. Durch den Wegfall der Anschlussstelle wäre eine deutliche Zunahme des Verkehrs im Klausenerplatz-Kiez und im Westend vorprogrammiert. Das ist nicht mit einer modernen Verkehrspolitik im 21. Jahrhundert vereinbar.

Als SPD treten wir seit langem energisch für eine Verkehrsreduzierung in den Kiezen ein. Daher darf

die Anschlussstelle Halenseestraße nicht geschlossen werden. Zusätzlich müssen Pläne ausgearbeitet werden, wie der Pendlerverkehr ohne Pkw attraktiver wird. Ziel der weiteren Planungen muss eine stadtverträgliche A100 sein, die sich an der Lebensqualität der Anwohner*innen und den Begebenheiten durch die Anrainer orientiert. Auch der ZOB, die Messe und ferner das Olympiastadion müssen bei den Planungen stärker in den Blick genommen werden. Die SPD-Fraktion fordert deshalb von der Verkehrsverwaltung schon seit über einem Jahr eine Masterplanung. Denn nur aus einer gesamtstädtischen Perspektive lässt sich die Stadtverträglichkeit eines solchen Mammutprojekts sichern.

DECKELUNG DER A100 IST EINE GROßE CHANCE

Die A100 trennt Charlottenburg wie eine Schlucht aus Abgasen, Lärm und Dreck. Die Stickoxid-



Gemeinsam mit den Anwohner*innen setze ich mich für eine stadtverträgliche A100 ein, wie hier auf der Demo am 6.6.2020. Foto: Kiezbündnis Klausenerplatz

werte übersteigen an angrenzenden Wohnhäusern das gesetzlich Erlaubte um ein Vielfaches. Der Lärm setzt Anwohner*innen zu. Das ist nicht gesund. Durch einen Deckel könnten die Abgase gefiltert, der Lärm reduziert und der Stadtraum

wieder geschlossen werden. Zusätzlich könnte auf dem Deckel neue Stadfläche entstehen.

Mit der Sanierung des Autobahndreiecks Funkturms besteht die Chance, die A100 zu deckeln. Denn wenn ohnehin schon an dieser

zentralen Verkehrsachse tiefgreifende Umbaumaßnahmen erfolgen, könnte im Rahmen der Sanierung die A100 zwischen dem AD Funkturm und der Anschlussstelle Spandauer Damm überall dort gedeckelt werden, wo sich die A100 in Troglage befindet.

Ulker Radziwill · Mda

Mit einer **Petition „Grün, Gesund, Gerecht – Deckel auf die A100!“** sammle ich Unterschriften für diese Idee. Mehr als 2.000 Menschen haben schon unterschrieben. Unterstützen Sie mich doch dabei.

Die Petition finden Sie auf <https://www.change.org/p/senatsverwaltung-für-umwelt-verkehr-und-klimaschutz-grün-gesund-gerecht-deckel-auf-die-a100>

bzw. über den nebenstehenden QR-Code.

